

## Arbeits- und arbeitsmarktpolitische Vorschläge in den Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2009

Manuela Wischmann und Heidemarie Hinkel, Referentinnen für Arbeitsmarktpolitik (55504, 52110)

Thema	LINKE	SPD	Grüne	CDU/CSU	FDP
<b>Leitidee</b>	Gute Arbeit: „Jede Frau und jeder Mann hat ein Recht auf gute Arbeit, auf eine Erwerbstätigkeit, die anständig bezahlt wird, die ein existenzsicherndes Einkommen und Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum ermöglicht. Eine Arbeit, die nicht krank macht.“	Gute Arbeit sichern: „Sie muss fair bezahlt sein, darf nicht krank machen, muss Möglichkeiten zur Weiterbildung eröffnen und familienfreundlich gestaltet sein.“  SPD ist die Partei der Arbeit. Arbeit ist die Grundlage des Wohlstandes ist. Dabei gilt:  ➤ Leistung muss sich lohnen.  ➤ Niemand darf am Wegesrand zurückbleiben.  ➤ Das Ziel ist Vollbeschäftigung.	Ein Green New Deal für eine Million neue Jobs.  „Gute Arbeit und faire Löhne – Gerechtigkeit und Nachfrage stärken.“  „Verdrängung regulärer Arbeit in prekäre Beschäftigung stoppen.“	„Sozial ist, was Arbeit schafft. Arbeit ist die zentrale Quelle von Einkommen sowie materiellem und immateriellem Wohlstand.“	Mittelstand stärken: niedrige Lohnzusatzkosten, Schutz der Tarifautonomie vor staatlichen Lohndiktaten, weniger Mitbestimmung, beschäftigungsfreundlicher Kündigungsschutz  Arbeit hat Vorfahrt: Übertragung der Aufgaben der örtlichen Arbeitsagenturen und ARGEn auf die Kommunen, Auflösung der Bundesagentur für Arbeit
<b>Mindestlohn/ Mindesteinkommen</b>	➤ flächendeckender gesetzlichen Mindestlohn nach französischem Vorbild, der in der nächsten Wahlperiode auf zehn Euro erhöht wird;  ➤ höhere tarifliche Mindestlöhne in den betreffenden Branchen für allgemeinverbindlich erklären; leichtere Allgemeinverbindlichkeitserklärung auch ohne Zustimmung der Arbeitgeberverbände.	➤ Weg der Ausweitung des Arbeitnehmerentendegesetzes und der Neufassung des Mindestarbeitsbedingungs-gesetzes weitergehen; in möglichst vielen Branchen allgemeinverbindliche Mindestlöhne ermöglichen;  ➤ Ziel ist ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn, der von einer Mindestlohnkommission festgesetzt wird; 7,50 Euro ist Orientierungsmarke.	➤ allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von wenigstens 7,50 Euro je Stunde sicherstellen;  ➤ höhere Mindestlöhne in einzelnen Branchen;  ➤ Mindestlohn-Kommission nach britischem Vorbild soll für die generelle Lohnuntergrenze verantwortlich sein.	➤ Mindesteinkommen für alle statt Mindestlohn; Mindesteinkommen als Kombination aus fairen Löhnen und ergänzenden staatlichen Leistungen; Mindesteinkommen sichert Arbeitsplätze, Mindestlohn zerstört sie;  ➤ Verbot sittenwidriger Löhne gesetzlich klarstellen.	➤ gegen die Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen; führen zur Verdrängung von Arbeitsplätzen (insbesondere im gering qualifizierten Bereich) und zu mehr Schwarzarbeit;  ➤ liberales Bürgergeld als Mindesteinkommen; verhindert Armut besser als staatlich verordnete Mindestlöhne.

<b>Niedriglöhne, geringfügige Beschäftigung, Sozialversicherungsbeiträge</b>	<p>Einfallstore für Niedriglöhne schließen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ gleicher Lohn für gleiche Arbeit für Frauen und Männer, für Beschäftigte in Ost und West;</li> <li>➤ volle Sozialversicherungspflicht für jede Arbeitsstunde;</li> <li>➤ Schutz der beruflichen Qualifikation bei Arbeitslosigkeit.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Bonus für Arbeit: Basis ist ein gesetzlicher Mindestlohn; Steuern, Sozialabgaben und staatliche Transferleistungen aufeinander abstimmen, damit existenzsichernde, sozialversicherungspflichtige Vollzeitarbeit gestärkt wird; Kinderzuschlag und Wohngeld weiterentwickeln, um erwerbstätige Eltern zu fördern;</li> <li>➤ sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stärken: Minijobs wieder auf 15 Wochenstunden begrenzen.</li> </ul>	<p>Progressivmodell:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Sozialversicherungsbeiträge sozial staffeln, Geringverdiener von hohen Abgaben entlasten (hohe Lohnnebenkosten sind insbesondere für Geringqualifizierte ein Beschäftigungshindernis);</li> <li>➤ Mini- und Midijobs fallen weg;</li> <li>➤ für alle Einkommen bis 2000 Euro steigen Beitragsätze erst langsam und stufenlos an.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Ziel: Stabilisierung der Lohnzusatzkosten, Arbeitsplatzverlagerung und Schwarzarbeit verhindern;</li> <li>➤ Anreize zur Arbeit in der Grundsicherung für Arbeitsuchende verstärken, indem die Hinzuverdienstregelungen neu geordnet werden und Missbrauch bekämpft wird.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Steuersenkungen und niedrige Lohnzusatzkosten für den Mittelstand, damit er investieren und Arbeitsplätze schaffen kann;</li> <li>➤ Einkommensgrenze für Minijobs ohne Abgaben für Arbeitnehmer von 400 auf 600 Euro erhöhen; bei Einkommen zwischen 600 und 1000 Euro gleitend ansteigende Sozialabgaben; volle Sozialversicherungsbeiträge bei Einkommen über 1000 Euro.</li> </ul>
<b>Leiharbeit</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Begrenzung der Leiharbeit durch gleiche Arbeitsbedingungen und gleichen Lohn zuzüglich einer Flexibilitätsvergütung;</li> <li>➤ Maximale Ausleihdauer an einen Entleihbetrieb von sechs Monaten;</li> <li>➤ Verbot von befristeter Beschäftigung bei Leiharbeitsfirmen, kein Einsatz als Streikbrecherin und Streikbrecher.</li> </ul>	<p>Leiharbeit rechtlich besser absichern:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Lohnuntergrenze und Stärkung des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“;</li> <li>➤ nach angemessener Einarbeitungszeit uneingeschränkte Gültigkeit des Grundsatzes „equal pay“;</li> <li>➤ konzerninterne Verleihung begrenzen.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Zeitarbeitnehmerinnen und Zeitarbeitnehmer vom ersten Tag an wie die Stammbeschaft bezahlen und behandeln;</li> <li>➤ gesetzliche Ausnahmeregelung streichen, nach der per Tarifvertrag von den Arbeits- und Lohnbedingungen des Entleihbetriebs abgewichen werden darf.</li> </ul>		
<b>Arbeitsrecht</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Kündigungsschutz ausweiten;</li> <li>➤ wirksames Anti-Mobbing-Gesetz schaffen;</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Schutz vor Kündigungen und Wahl von Betriebsräten sind unverzichtbare Rechte;</li> <li>➤ eigenes Arbeitnehmerda-</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Verbandsklagerecht für Gewerkschaften.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wirksam vor Bespitzelungen am Arbeitsplatz schützen (wenn nötig auf gesetzlichem Weg).</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Kündigungsschutz erst in Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten und nach einer Beschäftigungsdauer von zwei Jahren; Schutz vor will-</li> </ul>

	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Ausspionieren von Beschäftigten beenden, ein wirksames Arbeitnehmerdatenschutzgesetz schaffen;</li> <li>➤ keine sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen.</li> </ul>	<p>tenschutzgesetz ist nötig;</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Informantenschutz für Beschäftigte vor Sanktionen des Arbeitgebers, wenn sie auf Missstände hinweisen;</li> <li>➤ Arbeitsvertragsgesetzbuch ist begrüßenswert, wenn Konsens der Sozialpartner und kein Abbau von Arbeitnehmerrechten;</li> <li>➤ Schutz der Arbeitnehmer bei Insolvenzen: gesetzliche Klarstellung, dass Lohn für bereits geleistete Arbeit nicht missbräuchlich entzogen werden darf.</li> </ul>			<p>kürlichen Kündigungen bleibt uneingeschränkt für alle Arbeitnehmer bestehen;</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ bereits bei Vertragsschluss soll statt des gesetzlichen Kündigungsschutzes eine Abfindung bzw. der Anspruch auf eine Weiterbildung vereinbart werden können;</li> <li>➤ generelles Vorbeschäftigungsverbot für sachgrundlos befristete Einstellungen abschaffen; Verbot wiederholter befristeter Beschäftigung vor Ablauf von drei Monaten ausreichend.</li> </ul>
<b>Mitbestimmung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ paritätische Mitbestimmung der Beschäftigten in allen Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten;</li> <li>➤ Mitbestimmung bei wirtschaftlichen Fragen auch in kleineren Betrieben im Betriebsverfassungsgesetz verankern.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Ausweitung der mitbestimmungspflichtigen Geschäfte durch einen gesetzlichen Mindestkatalog; feindliche Übernahmen kein mitbestimmungsfreier Raum;</li> <li>➤ mitbestimmungsfreie Zonen reduzieren (durch Auslagerung in faktisch beherrschte Tochterunternehmen oder durch Auslandsgesellschaften mit Verwaltungssitz in Deutschland).</li> </ul>			<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ „Gewerkschaftsprivileg im Aufsichtsrat“ entspricht nicht mehr der betrieblichen Realität;</li> <li>➤ paritätische Mitbestimmung durch Drittparität ersetzen.</li> </ul>
<b>Betriebsverfassung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ erzwingbare Personal- und Stellenpläne für Betriebs- und Personalräte;</li> <li>➤ Erzwingbares Initiativ-</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ mehr betriebliche Mitbestimmung bei Fragen der Aus- und Weiterbildung;</li> <li>➤ mehr Mitbestimmung</li> </ul>			<p>Kosten der betrieblichen Mitbestimmung begrenzen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Betriebsrat erst in Unternehmen ab 20 Beschäftigten,</li> </ul>

	recht für Einstellungen.	<p>beim Einsatz von Zeitarbeit, Berücksichtigung von Leiharbeitnehmern bei betriebsverfassungsrechtlichen Schwellenwerten;</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ mehr Mitbestimmung für Betriebsräte bei der Verhandlung von Sozialplänen;</li> <li>➤ mehr Rechte im Bereich Frauenförderung;</li> <li>➤ Betriebsratswahlen 2010: Kampagne zur Gründung von Betriebsräten.</li> </ul>			<p>Wahlquorum von 50 Prozent erforderlich;</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Freistellung von Betriebsratsmitgliedern erst in Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten.</li> </ul>
<b>Tarifautonomie und Streikrecht</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Antistreikparagraph (§ 146 SGB III) abschaffen;</li> <li>➤ Ausweitung des Streikrechts auf Übernahmen und Verlagerungen von Unternehmen;</li> <li>➤ Verbandsklagerecht für Gewerkschaften zum Schutz geltender Tarife;</li> <li>➤ Recht auf politischen Streik durchsetzen.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Verteidigung der Tarifautonomie in Deutschland und Europa.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Schwächung der Tarifautonomie wird abgelehnt;</li> <li>➤ keine Verlagerung von Lohnverhandlungen auf die einzelbetriebliche Ebene;</li> <li>➤ stattdessen mehr Allgemeinverbindlicherklärungen.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Bekenntnis zur Tarifautonomie und zum fairen Ausgleich der Interessen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern;</li> <li>➤ daher darf Lohnfindung nicht verstaatlicht werden (Arbeitnehmerentsendegesetz und Festlegung von Mindestarbeitsbedingungen soll fortgeführt werden, plus Verbot sittenwidriger Löhne, aber kein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn).</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Schutz der Tarifautonomie vor staatlichen Lohndiktaten, Ablehnung von Mindestlöhnen;</li> <li>➤ abweichende Regelungen vom Tarifvertrag für den einzelnen Betrieb ohne Zustimmung der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände ermöglichen;</li> <li>➤ Günstigkeit: auch ein geringerer Lohn oder eine längere Arbeitszeit (als im Tarifvertrag geregelt) muss als günstiger gelten, wenn dies den Erhalt des Arbeitsplatzes sichert oder die Schaffung neuer Arbeitsplätze ermöglicht; der Betriebsrat oder 75 Prozent der abstimmenden Mitarbeiter müssen</li> </ul>

					dem zustimmen.
<b>Arbeitszeit</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ gesetzliche Höchstarbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche senken;</li> <li>➤ mit den Gewerkschaften die 35-Stunden-Woche und weitere tarifliche Arbeitszeitverkürzungen mit vollem Lohnausgleich durchsetzen;</li> <li>➤ durch erzwingbare Personal- und Stellenpläne mehr Beschäftigung und weniger Leistungsdruck sicherstellen;</li> <li>➤ daher auch: erzwingbares Initiativrecht für Betriebsräte für Einstellungen.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Langzeitkonten zur Verbindung von Flexibilitäts- und Sicherheitsansprüchen, branchenspezifische Arbeitszeitkonten durch Tarifpartner;</li> <li>➤ Modellprojekte zu humanen, gesundheitsverträglichen Arbeitszeiten;</li> <li>➤ Zeitsouveränität: selbstbestimmter Umgang der Beschäftigten mit ihrer Arbeitszeit.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ flexible Arbeitszeitmodelle fördern, bspw. durch Lebensarbeitszeitkonten.</li> </ul>		
<b>Arbeitslosenversicherung</b>	<p>Besserer Schutz durch die Arbeitslosenversicherung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Verlängerung und Ausweitung des Kurzarbeitergeldes in der Krise;</li> <li>➤ leichtere Einrichtung von Auffang- und Beschäftigungsgesellschaften;</li> <li>➤ längere Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I.</li> </ul> <p>Neue Zumutbarkeitskriterien für ALG I-Beziehende:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ existenzsicherndes Einkommen;</li> <li>➤ Orientierung am vorherigen Verdienst und</li> </ul>	<p>Ausbau zu einer Arbeitsversicherung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Arbeitslosigkeit nicht nur schnell beenden, sondern vermeiden; Rechtsanspruch für jeden Beschäftigten auf eine kostenlose Überprüfung des Qualifizierungsbedarfs;</li> <li>➤ Qualifizierungsberatung erfolgt durch Arbeitsagenturen zusammen mit regionalen Weiterbildungsnetzwerken; auch für Selbständige zugänglich machen;</li> <li>➤ Langzeitkonten für Weiterbildung sollen in den</li> </ul>			<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ das Versicherungsprinzip stärken;</li> <li>➤ Neuorganisation der Arbeitsverwaltung und damit Abschaffung doppelter Verwaltungsstrukturen; weitere Beitragssatzsenkungen möglich;</li> <li>➤ Ablehnung einer Staffelung der Bezugsdauer von ALG I nach vorangegangenen Beschäftigungszeiten; widerspricht dem Charakter einer Risikoversicherung und führt zu Arbeitslosigkeit bei Älteren;</li> <li>➤ stattdessen Wahlfreiheit</li> </ul>

	<p>Berücksichtigung der Qualifikation;</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Geringere Ansprüche an Flexibilität und Pendelzeiten;</li> <li>➤ Achtung der politischen und religiösen Gewissensfreiheit;</li> <li>➤ freiwillige Teilnahme an arbeitsmarktpolitischen Förderprogrammen.</li> </ul>	<p>Betrieben attraktiver werden; Zahlung eines öffentlich finanzierten Anteils auf jedes Konto, der nur für Qualifizierung zur Verfügung steht.</p>			<p>bei Tarifen, was positive Anreizwirkungen entfalten soll.</p>
<p><b>Organisation der Arbeitsverwaltung</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Hartz IV abschaffen und durch eine bedarfsorientierte repressionsfreie Mindestsicherung ersetzen;</li> <li>➤ alle Erwerbslosen gleich behandeln, gleichen Zugang zu arbeitsmarktpolitischen Integrationsleistungen.</li> </ul>	<p>Betreuung vor Ort: schnellstmöglich verfassungskonforme Nachfolgeregelung für die ARGEN schaffen; Zusammenarbeit von Arbeitsagenturen und Kommunen hat sich bewährt.</p>		<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ gut arbeitende Bundesagentur für Arbeit ist notwendig;</li> <li>➤ Festhalten an Kooperation zwischen Kommunen und BA im Bereich Langzeitarbeitslosigkeit; Schaffung entsprechender Organisationsstrukturen; Leistungen aus einer Hand;</li> <li>➤ Bekenntnis zu Optionskommunen.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Übertragung der Aufgaben der örtlichen Arbeitsagenturen und ARGEN auf die Kommunen;</li> <li>➤ Auflösung der Bundesagentur für Arbeit;</li> <li>➤ stattdessen Drei-Säulen-Modell: Versicherungsagentur (zahlt Arbeitslosengeld aus; Wahlfreiheit der Tarife), kleine Arbeitsmarktagentur für überregionale und internationale Aufgaben, viele kommunale Jobcenter mit weiten Entscheidungsbefugnissen.</li> </ul>
<p><b>Aktive Arbeitsmarktpolitik</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Weiterbildung stärken;</li> <li>➤ öffentlich geförderter Beschäftigungssektor;</li> <li>➤ Ansprüche auf Förderung als Versicherungsleistung verankern.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Arbeitsvermittlung: Deutschland soll weltweit beste Arbeitsvermittlung haben; Steigerung der Zahl Arbeitsvermittlerinnen und -vermittler;</li> <li>➤ Instrumente: kontinuierli-</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Mehr Unterstützung und finanzielle Ausstattung für Existenzgründungen aus der Arbeitslosigkeit heraus.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Festhalten am Prinzip „Fördern und Fordern“; Förderung marktgerechter Arbeitsplätze statt Finanzierung von Arbeitslosigkeit;</li> <li>➤ Arbeitsvermittlung der BA verbessern;</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Arbeitsvermittlung: Kommunale Jobcenter und private Anbieter sollen um Vermittlungsgutscheine konkurrieren; mehr Wettbewerb führt zu besseren Vermittlungsergebnissen; keine vollständige Privatisierung</li> </ul>

		<p>che Verbesserung der Instrumente fortsetzen; bessere Förderung von Existenzgründungen aus der Arbeitslosigkeit heraus; Schwerpunkt auf Integration von Einwanderinnen und Einwandern; Kommunal-Kombi wird weiter ausgebaut.</p>		<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ „Qualifizierung geht vor Zuwanderung“; Förderung personenbezogener Dienstleistungen (Umschulung zum Alten- und Krankenpfleger; Weiterbildung für die Pflege Angehöriger)</li> <li>➤ Schwerpunkt der Grund-sicherung: Qualifizierung und Vermittlung.</li> </ul>	<p>der Arbeitsvermittlung;</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Instrumente: gehören mit Blick auf Effizienz auf den Prüfstand; Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben aus Steuermitteln.</li> </ul>
<p><b>Gleichstellung</b></p>	<p>Lohndiskriminierung bekämpfen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit;</li> <li>➤ bessere Bezahlung für Berufe, in denen vorwiegend Frauen beschäftigt sind;</li> <li>➤ Verbandsklagerecht zur besseren rechtlichen Absicherung;</li> <li>➤ Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft (verpflichtende Maßnahmen bis mindestens eine 50-Prozentquote für Frauen auf allen Qualifikationsstufen erreicht ist).</li> </ul>	<p>Gleiche Löhne, Lohnlücke schließen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Mindestlohn;</li> <li>➤ Stelle zur Veranlassung von Lohnmessungen bei Unternehmen;</li> <li>➤ Recht für Betriebsrat, die Erstellung einer statistischen Diagnose über Lohngerechtigkeit im Betrieb vom Arbeitgeber zu verlangen;</li> <li>➤ Vergabe öffentlicher Aufträge nur an Unternehmen, die gleiche Löhne zahlen.</li> </ul> <p>Frauenquote von mindestens 40 Prozent in Aufsichtsgremien;</p> <p>Teilzeitbeschäftigung: (Wieder-) Aufnahme einer Vollzeitbeschäftigung erleichtern; mehr Teilnahmemöglichkeiten an beruflicher Qualifizierung.</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Erwerbsbeteiligung von Frauen erhöhen.</li> </ul>	

<b>Vereinbarkeit Familie und Beruf</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Rechte von Beschäftigten mit Kindern stärken (Kündigungsschutz, Arbeitszeiten, Überstunden);</li> <li>➤ Arbeitszeitverkürzung für Vollzeitbeschäftigte;</li> <li>➤ Arbeitszeitmodellen zur besseren Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit, Familienarbeit und individueller Lebensgestaltung fördern (mehr Zeitsouveränität, Arbeitszeitkonten, Sabbatjahr).</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Betriebskindergärten ausbauen;</li> <li>➤ Anspruch auf Teilzeitarbeit auch befristet mit einer Mindestdauer von zwei Jahren;</li> <li>➤ bis zu zehn Tage bezahlte Freistellung für unerwartet eintretende Pflegesituationen;</li> <li>➤ Zeitsouveränität, Langzeitkonten.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ flexible Arbeitszeitmodelle, Lebensarbeitszeitkonten.</li> </ul>		
<b>Beschäftigung Älterer</b>	<p>Bessere Möglichkeiten für eine versicherungspflichtige Tätigkeit bis zur Rente:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Weiterbildung;</li> <li>➤ gesundheitliche Prävention;</li> <li>➤ altersgerechte Arbeitsbedingungen.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Modellprojekte für humane Arbeitsbedingungen zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit;</li> <li>➤ Modellprojekte für gesundheitsverträgliche Arbeitszeiten;</li> <li>➤ vorausschauende Personalentwicklung zur Verbesserung des Qualifikationsniveaus und alters- und altersgerechter Arbeitsbedingungen;</li> <li>➤ betriebliches Gesundheitsmanagement durch Förder- bzw. Zuschussregelungen verbessern;</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Erwerbsbeteiligung von Älteren erhöhen;</li> <li>➤ zu mehr Bildungs- und Weiterbildungsanstrengungen ermutigen;</li> <li>➤ Programme zur Eingliederung Älterer in den Arbeitsmarkt konsequent fortführen;</li> </ul>	